

Premierminister Gordon Brown – Chronik einer unfreiwilligen Verwandlung

Im Januar 2007 haben wir mit unserem Blickpunkt Großbritannien auf den bevorstehenden Stabwechsel in 10 Downing Street hingewiesen. Viel wurde im Vorfeld über die Konturen eines Regierungsprogramms von Gordon Brown und über die Zukunft von New Labour nach Tony Blair geredet und spekuliert. Nach fünf Monaten unter der Führung von Gordon Brown, schildert Sunder Katwala, Generalsekretär der Fabian Society, anschaulich die Umstände der unfreiwilligen Verwandlung vom unangefochtenen Premierminister und Führer New Labours zu einem, der nach einer Reihe von teilweise als peinlich einzustufenden Versäumnissen nun wie ein begossener Pudel dasteht. Den Spagat zwischen Wandel und Kontinuität zu bewältigen wird nun noch schwieriger werden. Mit dem Schicksal von Gordon Brown steht plötzlich auch das Schicksal von mehr als 10 Jahren New Labour auf dem Spiel.

Sunder Katwala

Die ersten fünf Monate der Amtszeit Gordon Browns als Premierminister waren gekennzeichnet durch außergewöhnliche politische Schwankungen. Nach anfänglichen Erfolgen wendete sich das Blatt, und mittlerweile fehlt es der Regierung in der Öffentlichkeit an klarem Profil. Dies könnte sich allerdings auch als Chance für einen Premierminister erweisen, der keine zehn Jahre alte Regierung repräsentieren möchte, die sich durch vergangene Errungenschaften definiert, sondern für seine eigene, vorwärts gewandte Agenda stehen will. Brown muss Kontinuität und Wandel miteinander ver-

einbaren, wenn er auch weiterhin die Mehrheit der Wähler hinter Labour vereinigen möchte.

Der Brown-Effekt

Gordon Brown, der keinen Mitbewerber um den Posten des Parteivorsitzenden hatte, übernahm sein Amt Ende Juni 2007 mit der Aussage, den Ruf nach Veränderung erhört zu haben und einer neuen Regierung mit neuen Prioritäten vorstehen zu wollen.

Leitmotiv war dabei die Wiederherstellung des Vertrauens in die Politik. Seine „Regierung aller

Talente“ schloss auch parteipolitisch ungebundene Minister mit ein, so wie den ehemaligen Vorsitzenden des britischen Industrieverbandes CBI, Digby Jones, der offene Worte nicht scheut, und den ehemaligen stellvertretenden UN-Generalsekretär Mark Malloch-Brown, der ein lautstarker Gegner des Irak-Kriegs war. Der ehemalige Vorsitzende der *Liberal Democrats*, Paddy Ashdown, lehnte jedoch den Kabinettsposten des Ministers für Nordirland ab. Über diese Veränderungen hinaus hat die Regierung ein Grünbuch zur Regierungsführung verfasst, das eventuell zu einer schriftlich niedergelegten Verfassung für Großbritannien führen könnte – wenngleich das endgültige Ziel noch nicht definiert ist.

Im Sommer stand allerdings zuerst einmal Krisen-Management statt „neuer Politik“ im Vordergrund – gescheiterte Anschlagversuche in London und Glasgow, der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche sowie große Überschwemmungen. Brown trat einen Familienurlaub in England an (ein weiterer Unterschied zu Blair), war jedoch innerhalb von 24 Stunden wieder zurück an seinem Schreibtisch. Dieses strenge, arbeitswütige Pflichtverständnis fand Anklang in der Bevölkerung. Auch bei dem dramatischen Ansturm auf die Bank Northern Rock, der seinen guten Ruf als Garant wirtschaftlicher Stabilität zu beschädigen drohte, war er als starker, erfahrener Spitzenpolitiker in turbulenten Zeiten gefragt.

Ein paar kleine, symbolische Politikveränderungen – Rückzug der Pläne für regionale Supercasinos, Hochstufung von Cannabis in eine strengere Kategorie – sprachen sowohl Konservative in der Provinz als auch Labour-Traditionalisten an. Als er Margaret Thatcher

zum Tee in die Downing Street empfing, verglichen ihre Verbündeten die Höflichkeit Browns mit der Brüskierung der ehemaligen Premierministerin durch David Cameron. Brown erklärte, er sei genauso wie Margaret Thatcher ein „Politiker aus Überzeugung“.

Nicht anberaumte Wahlen und die Erholung der Konservativen

Als Labour im Herbst in den Umfragen einen Vorsprung von zehn Punkten hatte, machten Gerüchte über vorgezogene Wahlen die Runde. Browns Berater schürten die Spekulationen der Medien durch einen gemeinsamen und optimistisch gestimmten, wenn auch weitgehend inhaltsfreien Parteitag, auf dem Brown seine Führungsrolle unterstrich, die positiven Eigenschaften der Briten lobte und versprach, sie niemals im Stich zu lassen.

Als die Konservativen ihren Parteitag abhielten, machten sie sich zwar öffentlich für Neuwahlen stark, hatten insgeheim jedoch mächtig Angst davor. Innerparteiliche Spaltungen wurden aber zu Gunsten der notwendigen Geschlossenheit unterdrückt. Der Parteivorsitzende David Cameron beeindruckte mit einer (inhaltslosen) freigehaltenen Rede. Nichtsdestotrotz enthüllten die Tories tatsächlich neue politische Vorhaben als Wahlkampfthemen und beherrschten die Schlagzeilen („Tod der Todessteuer“) mit dem Versprechen, Familienvermögen im Wert bis zu 1 Million Pfund – fast das Dreifache der momentan geltenden Wertgrenze – von der Erbschaftssteuer zu befreien. Den daraus resultierenden Einnahmenverlust behauptete man durch eine neue Pauschalabgabe in Höhe von 25.000 Pfund finanzieren zu wollen, die von in Großbritannien lebenden Bürgern erhoben werden sollte, die aus steuerlichen Gründen keinen

Wohnsitz im Inland haben. Der Trick bestünde also in einer Umverteilung zugunsten der Reichen, indem man das Geld von noch reicheren Ausländern nimmt.

Neuwahlen waren kein Thema mehr, als der Vorsprung für Labour in den Umfragen über Nacht dahin schmolz, was vom führenden Wahlbeobachter Peter Kellner als heftigster Erdbeben bei Meinungsumfragen in den letzten 25 Jahren (also seit dem Falklandkrieg 1982) gewertet wurde. Schwerwiegende Gründe gegen einen Urnengang im November hatte es immer gegeben: Das neue Wählerverzeichnis war noch nicht fertig, womit man Gefahr lief, einer Million Wählern das Wahlrecht zu entziehen – und eine geringere Wahlbeteiligung würde Labour besonders empfindlich treffen. Vor allem aber würde eine unnötige Wahl fast dreißig Monate vor Ablauf der Wahlperiode die Erfolgserwartungen sehr hoch schrauben. Nur eine Vergrößerung der Labour-Mehrheit auf über 67 Sitze würde Brown zu einem persönlichen Mandat verhelfen. Niemand konnte zuverlässige Vorhersagen über den Ausgang der Wahlen machen.

Eine feindselige Medienberichterstattung über diesen selbstverschuldeten Rückschlag war unvermeidbar. Aber warum nahm man dieses nicht stattgefunden Ereignis auch außerhalb der politischen Parteien wahr, und weshalb führte es zu höherer Volatilität als die EWS-Krise 1992? Eine plausible Erklärung ist, dass es keinen Umschwung gegeben hatte, sondern dass die Wähler weder von Brown noch von Cameron und (zu einem gewissen Grad) den Zielen ihrer jeweiligen Partei ein festes Meinungsbild hatten. Im Gegensatz dazu hatte sich das Bild von Tony Blair und dem umstrittenen ehemali-

gen Innenminister Michael Howard lange vor den Wahlen im Jahr 2005 festgesetzt.

Die „Sache mit der Vision“ oder kurzfristiges Taktieren?

Seine Entscheidung erklärte Brown damit, dass er mehr Zeit bräuchte, seine „Vision“ darzulegen. „Vision“ ersetzte damit „Vertrauen“ als am häufigsten strapazierter Begriff in der britischen Politik. Der Regierung fehlt es an einem klaren Profil in der Öffentlichkeit. Aus Insiderkreisen heißt es, dass damit die vor dem Übergang vorherrschende Theorie widerlegt sei, ein neuer Premierminister würde nicht gleichgesetzt mit einer neuen Regierung.

Der Eindruck, kurzfristiges Taktieren hätte Vorrang vor einer politischen Strategie, verstärkte sich noch durch den *Comprehensive Spending Review* (Haushaltswurf) der Regierung. Darin werden die gesamten öffentlichen Ausgaben für drei Jahre festgelegt – aber die Öffentlichkeit blickte hauptsächlich auf Labours Reaktionen auf die Ankündigungen der Tories aus der Woche davor: Jede einzelne dieser Ankündigungen wurde neutralisiert, oder, wie die Opposition behauptete, „gestohlen“. Der Grenzbetrag für die Erbschaftssteuer wurde für Paare auf 700.000 Pfund verdoppelt, andere Steuern wurden abgeschafft und neue Steuern für Personen ohne inländischen Wohnsitz vorgestellt. Labour beendete die Diskussion – und schien somit der Opposition das Agenda-Setting zu überlassen.

Die einflussreiche Kolumnistin des Guardian, Polly Toynbee, bezeichnete den Rückzug bei der Erbschaftssteuer als „Tod der Sozialdemokratie“. Damit hatte sie übertrieben. Der taktische Triumph der Rechten verschleierte nämlich ein großes Zugeständnis der konservativen

Führungsriege: das Versprechen, Labours soziodemokratischen Ausgabenplan vollständig zu akzeptieren. Dies würde bedeuten, dass die Konservativen jede neue Steuersenkung durch eine Steuererhöhung an anderer Stelle gegenfinanzieren und bei der nächsten Wahl einen Steueranteil von 45% des BIP anvisieren würden – obwohl sie instinktiv Abscheu vor Browns „aufgeblähter Position“ in der Partei hegen.

Die Politik des *Comprehensive Spending Review* belebt erneut einen zentralen Widerspruch in der britischen Politik: Jede Partei bleibt von ihrer letzten Wahlniederlage gezeichnet. Labour legte 1992 seine Umverteilungspläne offen dar und verlor die Wahl. Seitdem befürchtet die Partei, Großbritannien sei im Kern ein konservatives Land, in dem man sozialdemokratische Fortschritte nur heimlich einführen kann. Die Konservativen haben dagegen die letzten zwei Wahlen aufgrund ihrer Strategie „Investitionen statt Senkungen“ verloren, während Brown Steuersenkungen zum Wahlversprechen gemacht hatte. Die konservative Führungsspitze glaubt daher, sich an die Realität eines sozialdemokratischen Großbritanniens anpassen zu müssen, wo ihr Wunsch nach weniger staatlicher Einflussnahme im Verborgenen bleiben muss.

David Cameron bedient sich einer fortschrittlichen Sprache, um die politischen Unterschiede der Parteien auf ein Minimum zu beschränken, und ahmt damit die Strategie von New Labour nach. Das bedeutet wiederum, dass Brown sich in dem Wahlkampf wieder finden wird, den sein politischer Gegner haben möchte, wenn es ihm nicht gelingt, deutliche Trennlinien aufzuzeigen. Er hat auch außerhalb der Politik und überparteilich Anklang gefunden, aber zu einer Strate-

gie gehört zu gegebener Zeit neben Zusammenführung auch Abgrenzung.

Wie sieht die Vision aus?

Es gibt diese „Vision“ des Gordon Brown – man muss sie nur aus dem politischen Sprachgebrauch in ein klares Bild des sozialdemokratischen Großbritanniens, das er mit seiner Regierung gestalten möchte, übertragen. Sein zentrales Anliegen ist, dass Volkswirtschaft und Gesellschaft stärker sind, wenn alle beteiligt werden: dass wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten einer Medaille sind, dass jeder seine Chance haben sollte, und dass es Unterstützung für diejenigen geben muss, die sie am dringendsten benötigen. Für ihn liegt der moralische Anspruch der Politik in der Ausweitung von Chancengleichheit und Verringerung von Ungleichheiten. Dabei liegt sein besonderer Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Kinderarmut, der Ausweitung von Bildungschancen und einer gerechten Bezahlung von Arbeit.

Brown versucht, den Kreis seiner Unterstützer zu erweitern, indem er betont, dass seine wirtschaftliche und soziale Agenda die notwendige Antwort auf globale wirtschaftliche Veränderungen ist. Das Argument für eine offene Volkswirtschaft und freien Warenverkehr ist bekannt. Das Argument für einen „Wettlauf an die Spitze“ jedoch und die wichtige Rolle der Regierung bei der Förderung von Know-How, Infrastruktur und Wissenschaft, die eine Wissensgesellschaft braucht, steht im Gegensatz zu dem, worauf die Tories ihren Schwerpunkt legen: niedrige Steuern und so wenig Staat wie möglich als Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit. Politisch wird die Notwendigkeit betont, dass die Früchte der Globalisierung gerecht verteilt werden sollten, um

nicht die öffentliche und politische Zustimmung an protektionistisches Gedankengut zu verlieren. Browns Innenpolitik ist eine Annäherung zwischen angelsächsischer Wirtschaftsgeschichte und skandinavischer Sozialpolitik, die in ein neues „anglo-soziales“ Modell münden soll, bei dem der Fokus der Regierung auf Humankapital und die Beseitigung sozialer Ungleichheiten Schlüsselfaktor für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg und Garant für Wachstum sein soll, das nicht zu Lasten der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion geht.

Bildungs- und Familienpolitik

Browns bisher bedeutendste Tat war die Schaffung des neuen Ministeriums für Schule, Kinder und Familien unter der Leitung seines engsten politischen Verbündeten Ed Balls. Als wichtigste legislative Maßnahme Browns wird ein Gesetzesentwurf zur stufenweisen Anhebung der Schul- und Ausbildungspflicht vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr innerhalb von sechs Jahren angesehen. Großbritannien ist das Land mit den meisten 16- bis 18-Jährigen, die keinerlei Arbeit oder Ausbildung nachgehen.

Das neue Ministerium hat sich zur Aufgabe gemacht, die Kluft zwischen den Bildungsergebnissen zu verringern. Dies steht im Einklang mit dem Eintreten Ed Balls' für den Gedanken, dass jeder seine Chance im Leben haben sollte. Damit wurde der Kampf gegen Ungleichheit in neue, moderne Worte gefasst und zurück auf die politische Tagesordnung von New Labour gebracht. Die Arbeit des neuen Ministeriums wird dazu führen, dass mehr Wert auf umfassendere (und frühere) Interventionen außerhalb des Schulsystems gelegt wird – wozu unter anderem die wichtige aber umstrittene Frage

gehört, wie der Staat Familien und Eltern wirkungsvoll unterstützen kann. Der Beseitigung von Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung wird mehr Bedeutung beigemessen, und die Reform der öffentlichen Dienstleistungen wird fortgesetzt, mit stärkerer Gewichtung ihrer sozialen Aspekte.

Brown hat bereits die ersten einer Reihe von Reden über „das große Ganze“ gehalten, um „die Sache mit der Vision“ zu unterfüttern. Den enttäuschten Liberalen machte er mit einem wichtigen Vortrag zur Freiheit ein deutliches Versöhnungsangebot, aber die Pläne der Regierung, die Frist von derzeit 28 Tagen, in der Verdächtige ohne Anklage festgehalten werden dürfen, zu verlängern, sind weiterhin höchst umstritten, genauso wie die Einführung eines Personalausweises.

Klima-, Außen- und Europapolitik

Des Weiteren hat Brown eine bedeutende Rede zum Klimawandel gehalten – ein Thema von zunehmender politischer Bedeutung, nicht nur aufgrund wissenschaftlicher Beweise, sondern auch, weil es ein Gebiet ist, auf dem die Konservativen beweisen wollen, dass sie sich verändert haben, und die Liberaldemokraten ihr Profil schärfen wollen. Brown betont einen multilateralen Ansatz sowie die Bedeutung der EU und glaubt, dass der Euroskeptizismus der Konservativen Beleg dafür ist, dass deren Neupositionierung in der Umweltpolitik reine Rhetorik ist.

In der Außenpolitik haben sich die Akzente im Vergleich zur Amtszeit Tony Blairs nuanciert aber entscheidend verschoben. Die Minister sprechen nicht mehr vom „Krieg gegen den Terrorismus“. Brown ist instinktiv distanzierter im

Umgang mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union als Blair, betont jedoch seine Ablehnung von Anti-Amerikanismus vor allem aus dem linken Lager und Euroskeptizismus aus dem rechten Lager, da beides Großbritanniens Einfluss schmälert.

Brown ist der Meinung, viel politisches Kapital darauf verwendet zu haben, dem Druck der rechtsgerichteten Presse für ein Referendum über den EU-Reformvertrag standgehalten zu haben. Während seiner Parteitage-Rede erntete er spontanen Applaus, als er nur kurz darauf einging, wie wichtig es sei, ein „guter Europäer“ zu sein. Dies war jedoch auch als öffentlicher Seitenhieb an Rupert Murdochs Tageszeitung „Sun“ gedacht. Diese hatte an dem Tag mehrere Seiten, einschließlich der Titelseite, Winston Churchill gewidmet – ein früher Verfechter der Vereinigten Staaten von Europa – und wollte damit Brown herausfordern, weil er sich einer Volksabstimmung verweigerte. Die Schlagzeile lautete: „Niemals haben so wenige für so viele so viele Entscheidungen getroffen“.

Brown misst in seinen Äußerungen zum Vertragsentwurf jedoch den Opt-Out-Regelungen für Großbritannien stets mehr Gewicht bei als den Vorzügen des Entwurfs. Zu Beginn des neuen Jahres wird Brown im Parlament sehr viel Zeit darauf verwenden, den Europäischen Reformvertrag Paragraph für Paragraph zu prüfen, um ihn dann im Detail im Parlament beraten zu lassen. Teils geschieht dies, weil die Stärkung des Parlaments zu den wichtigsten Aufgaben seiner demokratischen Reformagenda gehört, teils, um den Befürwortern einer Volksabstimmung mit dem Argument der parlamentarischen Souveränität sowie dem Recht

auf Prüfung und parlamentarischer Debatte zu begegnen.

Auch die Konservativen setzen sich bei ihrer Bearbeitung des Themas einigem Risiko aus. Erstens hat David Cameron einen Großteil des Problems seiner Partei selbst verschuldet, indem er immer wieder „auf dem Thema Europa herumritt“. Jetzt wird behauptet, er reite nicht auf Europa herum, sondern auf Vertrauen und dem früheren Versprechen der Regierung, ein Referendum (über die Verfassung, nicht den Reformvertrag) durchzuführen. Cameron gerät nun jedoch in seiner eigenen Partei zunehmend unter Druck, sich für ein Referendum nach der Ratifizierung des Vertrags einzusetzen – was natürlich Wahnsinn wäre, es sei denn, man hegte die Absicht, aus der EU auszutreten oder neu über eine Beziehung außerhalb einer vollen Mitgliedschaft zu verhandeln. Dies bleibt das erklärte Ziel eines einflussreichen Flügels der Konservativen Partei, während die Befürworter Europas in der Tradition Kenneth Clarkes im Laufe der letzten fünfzehn Jahre durch parlamentarische Selektion schrittweise aus den Rängen der Abgeordneten aussortiert wurden.

Instinktiv wird Brown versuchen, das Thema Europa herunter zu spielen, um zu vermeiden, dass es bei der nächsten Wahl zur öffentlichen Auseinandersetzung zwischen den Parteien kommt. Daher rührt auch seine Vorsicht bei öffentlichen Äußerungen zu diesem Thema.

Außenminister David Miliband, stärkster Befürworter Europas in Browns Kabinett und eingefleischter europäischer Sozialdemokrat, fand eine elegante Lösung, die Blair-Brücke zu verlassen und Großbritannien fest im kontinentalen Lager zu verankern. Zu den Vereinigten Staaten

hat Großbritannien „das wichtigste bilaterale Verhältnis“, aber „wir gehören zur Europäischen Union.“ Brown steht für „bedingungslosen Internationalismus“ und „neuen Multilateralismus“, und bei seinem ersten Zusammentreffen mit Präsident Bush, den er unterschwellig kritisierte (eventuell in Teilen angelehnt an die Kritik Angela Merkels), gab er sich besonnen und geschäftsmäßig. Er hat jedoch auf jeden Fall vermieden, die Vereinigten Staaten offen zu kritisieren. Dafür gab es öffentliche Irritationen über Kommentare des Staatsministers im *Foreign Office*, Malloch-Brown (der den Neo-Konservativen ein Dorn im Auge ist), und auch des engen Verbündeten Browns, Entwicklungsminister Douglas Alexander. Iran wird den multilateralen Ansatz auf die Probe stellen, aber Großbritanniens Unterstützung für die diplomatische Strategie der EU wird verstärkt durch den enormen politischen Schaden, den eine US-geführte militärische Konfrontation der Regierung zufügen würde.

Warum die alte Wahlkampagne nicht noch einmal funktionieren würde

Die Regierung muss dringend wieder die politische Initiative übernehmen. Eine Reihe unzusammenhängender Ereignisse hat sie immer wieder aus der Bahn geworfen. Das jüngste Beispiel ist der Verlust der persönlichen Daten von 25 Millionen Kindergeldempfängern, die damit dem Risiko betrügerischen Datenmissbrauchs ausgesetzt wurden, als ein einfacher Beamter die CDs mit den sensiblen Daten ungesichert an die Rechnungsbehörde verschickte. Dies schien nur eine weitere Panne einer ganzen Serie zu sein, durch die die Verwaltungskompetenz der Regierung öffentlich in Frage gestellt wurde - zum Beispiel das Eingeständnis, sich bei der offiziellen Schätzung aus-

ländischer Arbeitnehmer im Land um mehrere hunderttausend vertan zu haben und die Garantieübernahme der Regierung für die Einlagen der Bank Northern Rock im Zuge der weltweiten Hypothekenkrise in Höhe von 24 Mrd. Pfund.

Es gibt auch ein wichtiges strategisches Argument für mehr Klarheit über die öffentliche Darstellung der „Vision“. Eine zwölf Jahre alte Regierung wird erkennen, dass die Argumente, die Labour einst zur Wahl verhalfen, nicht mehr ziehen. Damals lauteten die Wahlkampfslogans: „Raus mit den Tories“ (1997), „Wir brauchen mehr Zeit“ (2001) und „Die Tories haben sich immer noch nicht geändert“ (2005).

Labours Mehrheit droht an drei Enden zu bröckeln. Natürlich muss Labour die Wechselwähler in den besonders umkämpften Wahlkreisen (*super-marginals*) gewinnen, aber dies wird auch nichts bringen, wenn Labour nicht die Stimmen der Arbeiterschicht bekommt und die enttäuschten Liberalen zurückgewinnt. Gegen die Konservativen zu sein reichte in der Vergangenheit aus, um diese Wähler zu mobilisieren. Das ist nicht länger der Fall, und es gibt Stammwähler und liberale Wähler hinter jedem Sitz der umkämpften Wahlkreise.

Browns „Wechsel-Agenda“ konzentriert sich auf die Politikfelder, die diese Koalition wieder zusammenbringen können: Wohnungsbau, Unterstützung für Eltern, Kinderfürsorge und der Ausbau der Bildungschancen, sowie auf die sensiblen Bereiche, in denen potentiell Wählerstimmen verloren werden können, unter anderem Demokratie, bürgerliche Freiheiten und Außenpolitik.

Seit 1997 herrschte unter den Labour-Strategen das Prinzip der Vorsicht, und in der „Sache mit der Vision“ sah man ein Wahlrisiko, das sich Labour nicht erlauben konnte. Nun ist sie zu einer Notwendigkeit und Frage des politischen Überlebens geworden - nicht länger nur eine Wunschvorstellung des Mitte-Links-Spektrums.

Die in diesem Artikel zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht notwendigerweise die der FES London wieder.

ViSdP: Karl-Heinz Spiegel, Direktor, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro London